

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich sehr herzlich für die Gelegenheit bedanken, hier ein Grußwort zu sprechen.

Die SPD-Fraktion sieht die Einführung der Primarschule außerordentlich kritisch und ich möchte an drei Punkten zeigen, wo unsere größten Bedenken liegen:

Der erste Punkt ist die Entwicklung an den Hamburger Gymnasien. Wenn man sich die Entwicklung der Schulen in den letzten drei Jahrzehnten ansieht, kann man feststellen, dass die Gymnasien in Deutschland eine große Veränderung vollzogen haben. Waren sie früher kleine, elitär ausgerichtete Bildungseinheiten für das Bürgertum, so hat sich dies vor allem durch die Schulreformen in den 70er und 80er Jahren geändert.

Vermutlich sind auch hier viele Hamburgerinnen und Hamburger, denen durch diese Schulreformen der Bildungsaufstieg erst ermöglicht worden ist. Wer eine gerechtere Gesellschaft will muss erreichen, dass der Schulabschluss der Kinder nicht durch die soziale Stellung der Eltern bestimmt wird. Dort sind wir noch lange nicht angekommen. Wer die PISA-Studien genau liest stellt fest, dass die soziale Herkunft in einem erschreckend großen Ausmaß die Bildungswege der Kinder und Jugendlichen festlegt.

Dennoch ist es gelungen, hier zu einer Veränderung zu kommen, und wer heute durch Hamburgs Schulen geht, der sieht, dass der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund deutlich zugenommen hat und dass auch Kinder aus sozial schwächeren Stadtteilen den Weg zum Abitur finden. Auch wenn es noch nicht so viele sind wie wir es uns wünschen.

Wir wollen erreichen, dass diese Entwicklung weiter ausgebaut und nicht beschnitten wird. Die mit der Primarschulreform verbundenen Veränderungen bedrohen diese Entwicklung jedoch. Die Hamburger Schulbehörde will das Elternwahlrecht abschaffen. Dies bedeutet, dass künftig ausschließlich die Grundschulen entscheiden, welches Kind ein Gymnasium besuchen darf.

Das wird zu einer deutlichen Verringerung der Schülerzahlen an den Gymnasien führen, und das wird Konsequenzen haben, über die zurzeit nicht gesprochen wird. Denn wer sich die Hamburger Schullandschaft ansieht reibt sich verwundert die Augen, weil er feststellen muss, dass ausgerechnet in den sozial schwachen Stadtteilen die Gymnasien in ihrer Existenz bedroht sind. Die Gymnasien in sozial starken Stadtteilen wie den Elbvororten haben fast ausschließlich Schüler mit Gymnasialempfehlung. Für sie wird sich nichts ändern. Bei den Gymnasien in sozial schwächeren Stadtteilen sieht es ganz anders aus, z. B. das Gymnasium Hamm mit seinen 79 % Schülern mit Migrationshintergrund oder das Kurt-Körper-Gymnasium in Billstedt haben 52 % Kinder ohne Gymnasialempfehlung. Wenn diese Kinder die Stadtteilschulen besuchen müssen, weil der Elternwille nicht mehr zählt, brechen

den Gymnasien in den schwächeren Stadtteilen die Schüler weg, und viele werden schließen müssen.

Diese Entwicklung wird die soziale Spaltung der Stadt verstärken, und das wollen wir nicht.

Wir fürchten sehr konkret, dass wir in wenigen Jahren die Gymnasien nur noch in den Stadtteilen vorfinden werden, in denen sich bildungsorientierte und einkommensstarke Eltern für ihre Kinder einsetzen. Das wäre ein gesellschaftspolitischer Offenbarungseid, den die SPD zutiefst ablehnt und deshalb auf gar keinen Fall mittragen kann.

Der zweite Punkt ist die Abschaffung des Elternwahlrechts ohne wenn und aber. Wer hätte das gedacht, dass Hamburgs Eltern künftig nicht mehr mitentscheiden dürfen, welchen Bildungsweg ihre Kinder einschlagen werden. Eine staatliche Schulbürokratie soll abschließend entscheiden, welche weiterführende Schule ein Kind besuchen darf. Wir wissen, dass die Empfehlungen, die die Grundschulen geben, fehlerhaft sind. Sie benachteiligen Kinder aus sozial schwachen Gebieten. Sie erhalten bei gleichen Leistungen sehr viel seltener eine Gymnasialempfehlung als Kinder aus wohlhabenderen Stadtteilen. In vielen Fällen haben Eltern in der Vergangenheit dennoch auf ihre Kinder vertraut und haben sie mit Erfolg auf die Gymnasien geschickt. Wir halten es für nicht zeitgemäß in einer modernen Demokratie, dass Eltern nicht entscheiden dürfen, welchen Bildungsweg ihr Kind einschlägt. Wir finden es angesichts der nachgewiesenen hohen Fehlerquote der Grundschulen skandalös, dass künftig eine staatliche Schulbürokratie über die Köpfe von Eltern und Schülern hinweg diese Entscheidung abschließend und alleine treffen wird. Die SPD lehnt die Missachtung des Elternwillens durch die Schulbehörde ab.

Dritter Punkt: Die größte Herausforderung für das Schulsystem sind die vielen Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Auch in Hamburg sind es skandalöse 10 % eines Schülerjahrgangs ohne Schulabschluss, und diese Zahl täuscht auch noch darüber hinweg, dass es in manchen Stadtteilen sogar 30 bis 40 % der Kinder sind ohne Schulabschluss und ohne Basiskompetenzen im Lesen, Rechnen und Schreiben. Sie haben keine Chance, auf dem umkämpften Hamburger Ausbildungsmarkt eine Lehrstelle zu finden, und sie haben keine Chance, ein eigenständiges Leben zu führen. Auf sie wartet Hartz IV. Das ist schlicht nicht hinnehmbar. Daher muss aus unserer Sicht der Schwerpunkt jeder Schulreform bei den Risikoschülerinnen und -schülern liegen. Sie brauchen gute, starke Stadtteilschulen, die als gute Ganztagschulen ausgestattet sind und die die Kinder und Jugendlichen auf den Weg bringen können, die in ihren Elternhäusern aus welchen Gründen auch immer nicht unterstützt werden können.

Dieser Schwerpunkt wird leider nicht gelegt. Die Konzentration auf die Primarschulen führt dazu, dass über diese so wichtigen Stadtteilschulen gar nicht geredet wird. Das ist umso schlimmer, weil diese Stadtteilschulen nicht so stark und gut sein werden wie sie es sein müssten und wie wir sie brauchen. Sie dürfen nicht als so genannte

Langform geführt werden, um Kindern von der Vorschule bis in Klasse 10 den Besuch einer Schule ohne Wechsel zu ermöglichen. Die erfolgreichen Gesamtschulen, die wegweisendes geleistet haben in den vergangenen Jahren, werden zerschlagen.

Es droht die Einführung von so genannten Rumpfschulen, die nur die Jahrgänge sieben bis zehn umfassen. Die Anbindung an die jüngeren Jahrgangsstufen wird von der Schulbürokratie verboten, und für die Oberstufen wird es nicht genügend Schülerinnen und Schüler geben. So werden in vielen Stadtteilen Stadtteilschulen in Form von Rumpfschulen entstehen, die nur die Klassenstufen sieben bis zehn umfassen. Dies ist kein attraktives Bildungsangebot, das wir gerade für diese Schülerinnen und Schüler brauchen.